

An Redaktionen  
Politik und Aktuelles

Bremeneckgasse 2,  
69117 Heidelberg

Tel : +49 6221 – 98 11 01  
Fax : +49 6221 – 98 11 90

[zentralrat@sintiundroma.de](mailto:zentralrat@sintiundroma.de)  
[www.sintiundroma.de](http://www.sintiundroma.de)

11. Januar 2012

## Pressemitteilung

### **Zentralrat stellt Strafantrag wegen rechtsradikaler Hetzparolen am Beginn der Gewaltexzesse bei Hamburger Fußballturnier**

Der Vorsitzende des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, Romani Rose, stellte bei der Hamburger Staatsanwaltschaft heute den Antrag, gegen Beteiligte der Massenschlägerei bei dem Hallenfußballturnier am Freitag vergangener Woche auch wegen der Verwendung rechtsradikaler Parolen wie „Zick Zack Zigeunerpack“ strafrechtlich zu ermitteln. Nach übereinstimmenden Zeugenberichten hatten die organisiert auftretenden Gruppen aus Lübeck diese Parolen zur Aufhetzung der Stimmung gegenüber den gegnerischen Fans lautstark skandiert, bevor es gegenseitig und gegenüber der Polizei zu brutalen Gewaltexzessen mit vielen Verletzten kam.

Die Parole ‚Zick Zack Zigeunerpack‘, die von Neonazi-Gruppen seit einigen Jahren in Sportstadien zur Provokation von Gegnern verwendet wird, sei eine strafbare Hetze und öffentliche Beleidigung der Minderheit, die vor dem Hintergrund des nationalsozialistischen Völkermordes an den Sinti und Roma besonders schwer wiege, heißt es in dem Antrags Schreiben des Zentralrats. Mit dieser Parole bringen die rechtsradikalen ihren tiefen Hass gegenüber Sinti und Roma zum Ausdruck ebenso wie sie dies auch gegenüber Juden tun, so der Zentralrat. In dem Antrag Roses heißt es weiter: „Mit großer Besorgnis beobachten wir den Hass und die Gewaltbedrohung durch die rechtsradikale Szene nicht erst seit dem Bekanntwerden der Mordserie des sogenannten ‚Nationalsozialistischen Untergrunds‘“. Diese Terrorgruppe habe auch die Organisationen der deutschen Sinti und Roma nach den aufgefundenen Unterlagen als Ziele gehabt. Auf Internetseiten der Neonazis würden Aufrufe zu Mord und Gewalt gegen Sinti und Roma verbreitet. Staat und Politik müssten hier öffentlich klar Stellung beziehen und sich schützend vor die Minderheit stellen.

Die Bedrohungssituation gegenüber Sinti und Roma sei in den politischen Bewertungen des neuen rechtsradikalen Terrors praktisch nicht aufgetaucht, erklärte der Zentralrat. Obwohl im Zuge der Fahndung nach den Mördern der Polizistin in Heilbronn und der sogenannten „Phantom-Frau“ Sinti und Roma zunächst durch Justiz und Polizei öffentlich unter Verdacht gestellt worden seien, gab es dazu bisher keine Erklärung des Bedauerns und der Rehabilitation. Der Zentralrat bat jetzt die baden-württembergische Landesregierung darum.

Arnold Roßberg  
(jur. Mitarb.)